



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3344

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

17.12.19

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bürger- und Umweltausschuss	16.01.2020	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	28.01.2020	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	30.01.2020	Beratung	öffentlich
Finanz- und Rechtsausschuss	03.02.2020	Beratung	öffentlich
Personal- und Organisationsausschuss	10.02.2020	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	10.02.2020	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bürgerbüro Opladen und Schlebusch

- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 14.11.19
- Stellungnahme der Verwaltung vom 17.12.19

36-Ia
Friedhelm Laufs
Tel. 3300

17.12.19

01

- über Herrn Beigeordneten Lünenbach
- über Herrn Oberbürgermeister Richrath

gez. Lünenbach
gez. Richrath

Bürgerbüro Opladen und Schlebusch

- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 14.11.2019
- Antrag Nr. 2019/3344

Der vorliegende Antrag ist zum einen im Zusammenhang mit den organisatorischen Überlegungen aufgrund des Ergebnisberichtes über die externe Organisationsuntersuchung im Fachbereich Bürger und Straßenverkehr (Unterstützung durch gpaNRW), andererseits aber auch im Zusammenhang mit den E-Governemnt-Bestrebungen der Verwaltung sowie dem Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Opladen Plus vom 09.02.2017 (Antrag Nr. 2017/1524 – Bürgernahe Dienstleistungen) zu betrachten, der die Umorganisation des damaligen Fachbereichs Straßenverkehr mit dem Ziel verfolgte, Dienstleistungen des Bürgerbüros in den Räumen der Zulassungsstelle anzubieten. Dieser Antrag wurde seinerzeit zurückgestellt, bis die Fusion der Fachbereiche Bürgerbüro und Straßenverkehr abgeschlossen ist und organisatorische Überlegungen zur Optimierung der Situation für Bürger/innen und Mitarbeiter/innen angestellt werden können.

Für ein zusätzliches Bürgerbüro-Angebot in Opladen und Schlebusch sind zudem Kosten und Synergieeffekte zu bewerten.

Aus diesen Gründen sollte der aktuelle Antrag zurückgestellt werden und mit dem Antrag aus dem Jahr 2017 im Rahmen der jetzt aufgrund der Organisationsuntersuchung ohnehin anstehenden Optimierungen im Fachbereich berücksichtigt werden.

Bürger und Straßenverkehr